

Mehr Geld für Schulen, Kitas, Krankenhäuser und Soziales statt Milliarden für Stuttgart 21

Warum es falsch war, dass DIE LINKE dem Stuttgarter Doppelhaushalt 2010/11 zugestimmt hat (Februar 2010)

Die kapitalistische Krise treibt die Kommunen in die Pleite. Im Jahr 2009 ist die Haupteinnahmequelle, die Gewerbesteuer, um 18% und die gesamten Einnahmen der Städte und Gemeinden um 7 Milliarden zurückgegangen. Die Haushaltsdefizite 2010 werden mindestens 12 Milliarden Euro betragen und die Kommunalpolitiker gehen davon aus, dass sie auf 50 Milliarden im Jahr 2015 ansteigen werden. In NRW sind 19 Städte de facto pleite. Hier lebt ein Drittel der Bevölkerung des Bundeslandes. Sindelfingen, einst reichste Stadt in Deutschland, gehört inzwischen zu den ärmsten Kommunen.

Stuttgart hat noch eine Sonderstellung. Die Stadt hat noch große finanzielle Reserven. Die sollen aber nach dem Willen von CDU/FDP/Freien Wählern/SPD vor allem für S 21, den Rosensteintunnel, den Umbau des VfB-Stadions, den Bau der Bibliothek 21 und andere Prestigeobjekte verschleudert werden. Aber auch hier hinterlässt die kapitalistische Krise bereits ihre Spuren. 2009 kam es zu einem Einbruch der Einnahmen. Nach bisherigen Schätzungen von Finanzbürgermeister Föll werden die Gewerbesteuereinnahmen 2010 um 200 Millionen zurückgehen. Deshalb hatten Schuster und Föll bereits im August 2009 eine Haushaltssperre für 2009 verhängt. Einzelnen Ämtern wurde der Etat um 10% gekürzt. Frei werdende Stellen dürfen ein Jahr lang nicht wieder besetzt werden. Damit wurden bis Ende 2009 25 Millionen auf Kosten der Beschäftigten und der Bevölkerung gekürzt. Mit einem Kürzungshaushalt für die Jahre 2010/11 und einem so genannten Haushaltssicherungskonzept werden die Steuermindereinnahmen auf die Stuttgarter Bevölkerung abgewälzt.

Leider hat die Fraktion SÖS/LINKE dem Haushalt zugestimmt. Die SAV betrachtet dies als Fehler. Wir erklären warum.

Mehrheitsverhältnisse im Stuttgarter Gemeinderat

Seit den Kommunalwahlen vom 7. Juni 2009 sind die Grünen stärkste Fraktion (16 von 60 Sitzen). Die SPD hält zehn Sitze. Das kommunale Wahlbündnis SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial), das sich vor allem im Kampf gegen das Projekt Stuttgart 21 profilierte, wuchs von einem auf drei Sitze, die Linkspartei von einem auf zwei Sitzen. SÖS und LINKE bildeten eine gemeinsame Fraktion. Nachdem viele Jahre lang CDU, FDP und Freie Wähler eine Mehrheit hatten, büßten sie diese im Sommer letzten Jahres ein.

Gibt es in Stuttgart eine „neue Mehrheit“?

Seit den Kommunalwahlen 2009 spekulieren die kapitalistischen Medien über eine „neue Mehrheit“ im Stuttgarter Gemeinderat und stellen SPD, Grüne und SÖS/LINKE den „bürgerlichen Parteien“ gegenüber. Bewusst wird die Sprachregelung verwendet, nur Union, FDP und Freie Wähler als bürgerliche Parteien zu bezeichnen. Damit wollen sie der Bevölkerung vorgaukeln, dass es zwischen diesen und den anderen neoliberalen

Parteien, SPD und Grünen, grundlegende Differenzen gebe. In Wirklichkeit haben die Herrschenden mehr Parteien zur Auswahl und können eine Partei, die sich an der Regierung verbraucht und verschlissen hat, durch eine andere ersetzen, die ihr genauso gut dient. Die Aufgabe von Linken, von SozialistInnen muss es sein, dieses Spiel zu durchkreuzen, nicht es mitzuspielen.

Die Rolle der Grünen

Die Grünen wurden aufgrund ihrer Ablehnung von S 21 stärkste Fraktion im Gemeinderat. Die Grünen sind aber weder eine linke Partei noch eine verlässliche Kraft im Widerstand gegen S 21. Bereits im April 2009 hat sich der Grünen-Fraktionschef von radikalen S-21-Gegnern wie SÖS-Stadtrat Hannes Rockenbauch distanziert. Er sagte wörtlich: „Mir tut es weh, wenn OB Schuster von diesen Leuten übelst beleidigt wird. Davon grenzen wir uns ab“. Hannes Rockenbauch hatte Schuster zu Recht Lügen und Betrug vorgeworfen. Werner Wöflle kündigte damals an, dass die Grünen S 21 nur noch kritisch begleiten wollen. Und das tun sie seither im Prinzip, auch wenn sie unter dem Druck der Bewegung oftmals bei ihren Reden den Kämpfer gegen S 21 heraushängen. Als Schuster und Föll im Sommer 2009 eine Haushaltssperre verhängte stimmten die Grünen genauso wie die SPD zu. Die Fraktion SÖS/LINKE lehnte diese Sperre ab und argumentierte richtigerweise, dass diese Sperre nicht nötig sei, wenn die Stadt die für Stuttgart 21 zurückgelegten Gelder in den Haushalt einbringe. Der Fraktionschef der Grünen trat dagegen auf und erklärte bei einer öffentlichen Gemeinderatssitzung, dass man das nicht so sehen könne. Diese zurückgelegten Gelder bräuchte man für die Renovierung des Kopfbahnhofes. Für die Renovierung des Bahnhofs ist aber die Bahn und nicht die Stadt zuständig. Das wissen die Grünen Gemeinderäte ganz genau. Grüne-Wähler auf der Zuschauertribüne riefen daraufhin empört: „Gib mir meine Stimme zurück“. Bei den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt ging dies so weiter. Die Grünen verlangten nicht die Gelder von Stuttgart 21, um Kürzungen und Gebührenerhöhungen zu vermeiden, sondern sie betätigten sich als Macher eines Kürzungshaushalts. Die von CDU-Finanzbürgermeister Föll eingebrachte halbjährige Wiederbesetzungssperre von Personalstellen städtischer Einrichtungen und Ämter wurde auf Vorschlag von Grünen-Bürgermeister Murawski auf ein ganzes Jahr ausgeweitet. Während die Grünen im Kommunal- und Bundestagswahlkampf gebührenfreie Kindergärten gefordert hatten, waren sie jetzt für eine Erhöhung der Kitagebühren. Auch die Abzocke durch die Grundsteuer, die Zweitwohnsitzabgabe und die Parkgebühren ist auf dem Mist der Grünen gewachsen. Die Grünen waren für die Kürzungen im Doppelhaushalt und sind dafür, dass weitere 4,5 Millionen in diesem Jahr gekürzt werden. Dazu Werner Wöflle in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung am 17.2.2010: „Es geht um die Kürzungen von Leistungen für den Bürger und um Stellenabbau.“

Was bedeutet der Doppelhaushalt 2010/11

Erhöhung Grundsteuer

Die Grundsteuer wurde auf Antrag der Grünen ab 2010 von 470 auf 520 Punkte erhöht. Eine Familie mit einem typischen Reihenhaus bezahlt demnach um die 550 Euro Grundsteuer im Jahr. Das sind 125 Euro oder 30% mehr als 2009. Dem Mieter einer 72- qm – Wohnung werden 50 Euro mehr im Jahr über Nebenkosten aus der Tasche gezogen. Die Stadt gibt die Erhöhung mit 8 Cent pro qm Wohnfläche im Monat an. Die Unternehmer dürfen die Grundsteuer von ihrer Gewerbesteuer abziehen. Mit der Erhöhung der Grundsteuer sollen 33 Millionen mehr im Jahr in die Stadtkasse fließen. Der ver.di-Bezirk Stuttgart hat den Antrag der Grünen zur Grundsteuererhöhung von Anfang an begrüßt. SÖS/LINKE haben der Grundsteuererhöhung zugestimmt.

Zweitwohnungssteuer

Ab 1.1.2011 müssen alle, die in Stuttgart einen Zweitwohnsitz haben (ca. 30.000 Pendler und Studenten) eine Zweitwohnsitzsteuer von 10% der Nettokaltmiete bezahlen. Das soll 840.000 Euro und zusätzliche Anteile an der Einkommenssteuer durch die Umwandlung von Zweitwohnsitz in Hauptwohnsitz bringen. Dafür werden vier Stellen für Steuereintreiber bei der Stadt geschaffen.

Familiencard

Bisher gab es die Familiencard für Familien mit bis zu 70.000 Euro Brutto-Einkommen 90 Euro pro Kind im Jahr. Jetzt gibt es sie nur noch für Familien mit weniger als 60.000 Euro Brutto-Jahreseinkommen. Und für diejenigen, die noch in den Genuss der Familiencard kommen ist der jährliche Zuschuss von 90 Euro auf 60 Euro gekürzt.

Scoolabo

Der Zuschuss für das Scoolabo wird ab September 2010 von 7,70 Euro auf 3 Euro gekürzt. Ein Schülerabo für eine Zone kostet dann 32,35 Euro. Im Jahr 2002 hat es noch 18,80 Euro gekostet. Das ist eine Preiserhöhung von sage und schreibe 71%. Auch der Verkehrsverbund erhöht seine Fahrpreise. Von 2005 bis 2010 summieren sich die Fahrpreiserhöhungen auf durchschnittlich 18,3%.

Schulsanierung

Der Sanierungsstau bei den Schulen wird von der Stadt auf 328 Millionen Euro beziffert. 2010 und 2011 gibt es aber nur je 50 Millionen für Schulsanierungen. Viele Turnhallen bleiben unbenutzbar, Schulkinder müssen weiter fürchten, dass ihnen die Decke auf den Kopf fällt.

Bildungskürzungen

Den Privatschulen werden die Zuschüsse von 60% auf 35% gekürzt. Das Mittagessen an den Ganztagschulen verteuert sich von 2,50 Euro auf 2,75 Euro am Tag. Die Schüler von Fachschulen müssen 10% höhere Schulgebühren bezahlen.

Kinderbetreuung

3.300 Kinder stehen auf der Warteliste für einen Ganztags- bzw. Krippenplatz. Mit den 48 Millionen zum Ausbau und zur Sanierung der Kitas können aber nur 2.000 Plätze geschaffen werden. 1.200 davon für Kinder unter drei. Anerkennungspraktikantinnen sollen weiter auf den Personalschlüssel angerechnet werden, allerdings nicht mehr mit 100 sondern mit 50%. Im Kitabereich sollen 17 Springerstellen und 22 neue Stellen zur Umsetzung des Einsteinprogramms eingestellt werden. Für Sprachförderung und eine Verbesserung der Betreuungsqualität gibt es kein Geld. Für Fortbildung wurden dem Jugendamt 50.000 Euro gestrichen.

In der Tarifrunde bei Bund und Kommunen gehörten die Grünen-Bürgermeister zu den Scharfmachern gegen die Beschäftigten. Bürgermeister Murawski saß für die Arbeitgeber in der Verhandlungskommission und behauptete: „Lohnerhöhungen, die über 1,1% hinausgehen, kann sich die Stadt nicht leisten“. Leisten kann sie sich aber eine Milliarde für S 21? Wird Werner Wölfle Sozialbürgermeister könnte es zu einem neuen Vorstoß zur Ausgliederung der Kinderbetreuung aus dem Jugendamt kommen. Im Jahr 2008 hatten die Grünen dies zusammen mit der CDU beantragt. Die Kinderbetreuung wäre damit dem Diktat der Betriebswirtschaft unterworfen und die Betreuung verschlechtert worden. Nach massiven Protesten von Erzieherinnen, ver.di und Eltern zogen Grüne und CDU ihr Vorhaben erst mal wieder zurück.

»Was die Bewertung von Investorenvorhaben angeht, sehe ich eher eine Nähe zur CDU...Der OB hat nicht immer eine glückliche Hand... Aber gerade bei sozialen Fragen herrscht große Übereinstimmung in den Zielen.«

Werner Wölfle, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Stuttgarter Gemeinderat in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung am 17.2.2010

Kurz zuvor hatten die GRÜNEN signalisiert, dass sie entgegen ihrem Wahlprogramm offen dafür seien, dass der Investor Häussler in der Villa Berg Luxusvillen baut und den Park für seine Profitinteressen teilprivatisieren und vermarkten kann.

Mancher mag einwenden, dass es doch immer wieder heftige Streitigkeiten zwischen Rot-Grün auf der einen und Parteien wie CDU und FDP auf der anderen Seite gibt. Wohl wahr. Während Schwarz-Gelb die jahrelang praktizierte Politik von Neoliberalismus und Sparvorhaben einfach fortzusetzen möchten, plädieren SPD und Grüne für Kreditausweitung und Gebührenerhöhungen. In beiden Fällen handelt es sich allerdings um Krisenmanagement auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

SÖS/LINKE allein gegen Haushaltssperre

Am 17. September stimmte Rot-Grün mit CDU, FDP, Freien Wählern für eine Haushaltssperre. Nur SÖS und LINKE votierten dagegen. Auch bei den Einzelabstimmungen zum Haushalt standen SÖS und Linkspartei in entscheidenden Fragen allein: zum Beispiel bei der Forderung nach einer Gewerbesteuererhöhung, bei der Ablehnung von Gebührenerhöhungen für Kitas und Kürzungen beim Fahrtkostenzuschuss für SchülerInnen.

Verantwortung für das Ganze – oder für Beschäftigte und Jugendliche?

Am 17. und 18. Dezember stimmte die Fraktion SÖS/LINKE für die meisten Gebührenerhöhungen und am Ende für den gesamten Haushalt.

Ebenso befürworteten sie die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer und die Erhöhung der Grundsteuer. Die Zustimmung zur Erhöhung der Grundsteuer ist ein Schlag ins Gesicht der Mieterinitiativen, die für die Senkung der Nebenkosten kämpfen, und vom Ortsverband der Linken Cannstatt dabei unterstützt werden. Die Erhöhung der Parkgebühren wurde damit begründet, dass man die Bevölkerung zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr bringen wolle. Nur haben die LINKEN die als ver.di- bzw. ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat der SSB sitzen, auch den Fahrpreiserhöhungen zugestimmt oder sich enthalten.

SPD und GRÜNE hatten im Wahlkampf kostenlose Kinderbetreuung gefordert. Jetzt haben sie die Erhöhung der Kindergartengebühren beschlossen. Die Betreuungsstunde hat bisher 63 Cent gekostet. Ab 2010 kostet sie für Familien mit Familiencard (bis 60.000 Brutto-Jahreseinkommen) 68 Cent und für Familien ohne Familiencard sogar auf 73 Cent. Das ist eine monatliche Erhöhung von 12 Euro für Letztere. Die Geschwisterregelung wurde verringert und das Essensgeld erhöht. Für einen Krippenplatz wird ein einkommensabhängiger Zuschlag von 30 bzw. 50 Euro erhoben,

Städtisches Personal

Laut ver.di Stuttgart (Standpunkte 1/2009) hat die Stadt seit Anfang der 90er Jahre 3.000 Vollzeitstellen (ohne Klinikum) gestrichen: „Das entspricht einer dauerhaften Haushaltskonsolidierung von 240 Millionen Euro pro Doppelhaushalt“

Der aktuelle Stellenplan der Stadt ist ein einziges Verwirrspiel. Laut Amtsblatt vom 24. 12.09 gibt es bei der Stadt 2010 unterm Strich 206 Stellen mehr als 2009. 363 Stellen wurden angeblich neu geschaffen, 157 abgebaut. Allerdings: die 12-monatige Wiederbesetzungssperre für alle frei werdenden Stellen ist nichts anderes als Personalabbau. Die Verwaltung gibt an, dass die Wiederbesetzungssperre „dem Volumen des Abbau von rd. 80 Stellen entspricht“.

Die befristete Stelle der Familienhebamme wird verlängert und auf zwei Stellen aufgestockt. Beim Gesundheitsamt gibt es eine zweite Kinderkrankenschwester. Der Allgemeine Sozialdienst (ASD) und das Olgäle erhalten insgesamt 14 zusätzliche Stellen. Diese Stellen reichen bei weitem nicht für einen ausreichenden Kinderschutz. Für die Kinderbetreuung gibt es ein paar zusätzliche Stellen. Siehe Abschnitt Kinderbetreuung. Bei der Volkshochschule werden bis 2013 10% der Stellen abgebaut. Und die 4,5 Millionen Deckungslücke, die im Haushalt 2010 noch vorhanden sind, sollen ebenfalls über Personalabbau reingeholt werden. So wollen Schuster und Föll den Beschäftigten die Wegezeiten in die Mittagspause wegnehmen und dadurch 14 Stellen beim Garten-, Friedhofs- und Forstamt abbauen. Statt neue Stellen im Klinikum und den städtischen Altenheimen zur Abschaffung des Pflegenotstands zu schaffen, wurde die Stabstelle für S 21 auf 120 Beschäftigte ausgebaut, werden vier Stellen für die Eintreibung der Zweitwohnungssteuer und zwanzig für die Überwachung des Anwohnerparkens im Westen geschaffen.

Kultur

Der Kulturetat wird 2010 um 5% gekürzt. 2011 sollen zu bereits 3,8 Millionen beschlossenen Kürzungen weitere 450.000 gekürzt werden.

Gebührenerhöhungen

Die Gebühren bei der Stadt werden ab April fast durchweg um durchschnittlich 10% erhöht. Die Parkgebühren in der Innenstadt werden sogar um 18% erhöht. In den städtischen Parkhäusern liegt der Eingangstarif für die erste Stunde künftig sogar bei zwei Euro. Der Tagessatz steigt um vier auf 22 Euro. In den städtischen Anwohnerparkhäusern erhöht sich die Stellplatzmiete von 51,13 Euro auf 60 Euro im Monat. Ab 1.3.2011 kostet Bewohner im Westen das Parken vor der Tür 30,70 Euro im Jahr. Garantie auf einen Parkplatz gibt es dafür nicht. Auch die Krankenschwester im Olgäle, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zum Frühdienst kommen kann, wird fürs Parken abgezockt. Die Abwassergebühren steigen um 8 Cent pro Kubikmeter auf 1,42 Euro. Die Bestattungsgebühren erhöhen sich um 9%. Die Müllgebühren werden zwar nicht erhöht.

Die Zustimmung zur Reduzierung des Kulturhaushalts wurde als Kompromiss gegen eine 10%ige Absenkung verteidigt. Durch ihre Zustimmung zum Gesamthaushalt hat die Fraktion in der entscheidenden Schlussabstimmung selbst Verschlechterungen durchgewunken, die sie bei Einzelabstimmungen noch bekämpft hat. Die Zustimmung zum Haushalt bedeutet:

Keine Gewerbesteuererhöhung

Finanzierung der laufenden Ausgaben für Stuttgart 21 (z.B. 300.000 städtischer Anteil für die Ausstellung im Bahnhofsturm, Personalkosten für die so genannte Bürgerbeauftragte und den Projektleiter für S 21, Neubau der Neckarrealschule, Schallschutzfenster für das Königin-Katharinen-Stift. SÖS-Stadtrat Hannes Rockenbauch gibt die jährlichen Ausgaben für S 21 mit 6,9 Millionen an (Stadt.Plan 1/2010)

60 Millionen für Umbau VfB-Stadion

80 Millionen für Bibliothek 21

Planungskosten für Rosensteintunnel

Verkauf von städtischen Gebäuden und Grundstücken statt Verwendung für billige Wohnungen und den Bau von bezahlbaren Wohnungen und sozialen Einrichtungen

Erhöhung der Mieten für Dienstwohnungen

Begrenzung der Lohnerhöhung für die städtischen Beschäftigten auf 1,1%. Ver.di hatte 5% mehr gefordert. Bürgermeister Murawski saß für die Arbeitgeber in der Verhandlungskommission und hat den Haushaltsansatz von 1,1% für Lohnerhöhungen als Druckmittel genutzt.

„Dem Sparzwang konnte sich keine Fraktion im Stadtrat entziehen.“

Ulrike Küstler in den Kommunalen Berichten Nr. 1/2010

„Sechs Monate nach der Kommunalwahl und ihrem überraschenden Ausgang sind die Sieger und die Verlierer, ist auch die neue linke Mehrheit aus Grünen, SPD und SÖS/LINKE in der kommunalpolitischen Wirklichkeit angekommen.“

Thomas Borgmann in der STZ am 3.12.2009

„Außer den Müllgebühren und der Gewerbesteuer steigen zum neuen Jahr sämtlich kommunalen Preise und Abgaben, teilweise sogar um happige zehn Prozent.“

STZ 17.12.09

Die Gemeinderätin Ulrike Küstler hat die Zustimmung der LINKEN für den Stuttgarter Haushalt in einem Artikel mit der „Verantwortung für das Ganze“ gerechtfertigt. Aber was ist „das Ganze“, für das wir Verantwortung übernehmen sollen? Wir leben im Kapitalismus, in der die Parteien des Kapitals von Grünen und SPD bis zu CDU und FDP eine satte Mehrheit im Stuttgarter Gemeinderat haben. Die Aufgabe der LINKEN muss es sein, hier wie bundesweit „Verantwortung“ für die Bekämpfung dieses Systems zu übernehmen, nicht für seine Aufrechterhaltung.

Die Zustimmung zum Haushalt in der Schlussabstimmung ist etwas völlig anderes als die Abstimmung in Sachfragen oder bei einzelnen Haushaltsposten. Bei Letzteren darf man zwar (anders als in Stuttgart leider geschehen) auch keinen Verschlechterungen zustimmen, aber man kann natürlich Kompromisse eingehen und für bescheidenere Verbesserungen stimmen als man selber gerne hätte, sofern für diese Verbesserungen sonst keine Mehrheit bestünde. Aber mit einer Zustimmung zum Haushalt gemeinsam mit Kräften, die „auf der anderen Seite“ stehen, beteiligt man sich an der Verwaltung des Kapitalismus. Die LINKE darf nicht den Treibstoff nachfüllen, mit dem der Motor des bürgerlichen Staats weiterläuft.

Die Umstellung der Leerung der Biotonne von einer Woche auf zwei Wochen in den Herbst/Wintermonaten ab Ende 2010 ist aber eine versteckte Gebührenerhöhung. Die Schulgebühren für Fachschulen steigen um 10%.

Krankenhausfinanzierung

Das Klinikum muss für notwendige Investitionen weiter Kredite aufnehmen und die Kosten für diese Kredite selbst finanzieren. Allein in den nächsten zwei Jahren muss das Klinikum 29,8 Millionen Kredite aufnehmen um Geräte, IT und Baumaßnahmen zu finanzieren. Beim Kinderkrankenhaus Olgäle gibt es ein jährliches Defizit von 14 Millionen Euro. Zum Ausgleich dieses Defizit hat der Gemeinderat 5 Millionen übernommen. Die restlichen 9 Millionen Defizit hängen weiter wie ein Damoklesschwert über Beschäftigten und Patienten. Während der Haushaltsberatungen wurde dem Krankenhauskonzern Sana nicht nur der Vertrag über das Betreiben der Herzklinik um weitere 10 Jahre verlängert, sondern gleichzeitig der Bau eines Bettenhauses für die Sana mit sage und schreibe 8 Millionen städtischer Mittel beschlossen. Die Sana Herzklinik hat im Jahr 2008 2,8 Millionen und im Jahr 2009 1,4 Millionen Gewinn ausgewiesen. Das städtische Klinikum macht Defizite.

Städtische Bäder

Das Höhenfreibad Killesberg verliert Unmengen von Wasser. Das kostet die Stadt jährlich 25.000 Euro. Die 2,8 Millionen zur Sanierung wurden gestrichen. Auch die Sanierung des Sonnenberger Hallenbades und des Mineralbad Bergs wurde abgesagt. Anstatt mehr Gelder in die Bäder zu investieren, wurden 400.000 Euro gekürzt. Die Eintrittspreise wurden erhöht. Eine 10er-Karte im Leuze hat bisher 65,70n Euro gekostet und jetzt 68 Euro. Bei allen Mineralbädern werden die Parkgebühren von 50 Cent auf einen Euro verdoppelt. Die Hallenbäder Plieningen, Feuerbach und Vaihingen werden ab September 2010 an einzelnen Tagen ganz geschlossen. Im Bad Berg stehen die Frühschwimmer vor dem Aus. Ab Februar 2010 macht es nicht mehr um 6.00 Uhr sondern erst um 8.00 Uhr auf. Samstags und freitags werden die Badezeiten um eine Stunde am Abend reduziert.

Jugendheime

Den Jugendheimen werden 64.000 Zuschuss gestrichen

Volkshochschule

Die Zuschüsse der Volkshochschule wurden um 5% oder 176.000 gekürzt. Bis 2013 muss die VHS insgesamt sogar 800.000 Euro kürzen. Die Altschulden der VHS von 560.000 Euro werden also de facto nicht von der Stadt übernommen, sondern durch spätere Kürzungen reingeholt. Die Leitung der VHS will deshalb bis 2013 10% der Stellen abbauen. Die Ermäßigungen für Schüler, Studis u.a. werden von 20% auf 10% gekürzt. Die Angebote des zweiten Bildungsweges drohen sich zu verschlechtern.

Lohnerhöhung für Beschäftigte

Für die insgesamt 19.000 Beschäftigten der Stadt sieht der Haushalt nur eine Lohnerhöhung von 1,1% vor. Bürgermeister Klaus Peter Murawski (GRÜNE) erklärte, die von ver.di geforderten 5% würden die Stadt zwölf Millionen Euro mehr im Jahr kosten und seien unfinanzierbar.

Stuttgart 21

Im Doppelhaushalt 2010/2011 werden Gelder für Stuttgart 21 verbrannt. So zahlt die Stadt jährlich 300.000 Euro für die Propaganda-Ausstellung im Bahnhofsturm. Die Stelle des Chef-Projektplaners für Stuttgart 21, Hany Azer und sein 120 Mann/frau starkes Team werden über den städtischen Haushalt finanziert.

Bedauerlicherweise hat die Fraktion von SÖS und Linkspartei nun im Dezember in einer Stadt, die zu den reichsten Städten Deutschlands gehört, die kaum Schulden hat und darüber hinaus über eine Milliarde für Stuttgart 21 ausgibt, die „Sparlogik“ akzeptiert und mit den anderen über das „Wie“ statt das „Ob“ des Sparens gestritten. In einer Gemeinderatssitzung hat Ulrike Küstler gesagt, dass sie mithelfen wolle einen genehmigungsfähigen Haushalt zustande zu bringen.

Mit einer solchen Position macht man sich erpressbar für Kürzungen und Gebührenerhöhungen. Die Linke fordert immer wieder zu Recht mehr Geld für die Kommunen. Aber wenn Bund und Länder, den Kommunen nicht mehr Geld geben, darf die Konsequenz nicht sein, dass man die Schulden der Kommunen zu Schulden der privaten Haushalte macht.

Gerade während der Haushaltsberatungen wurden neue Zahlen über die Verschuldung der privaten Haushalte bekannt. Sie zeigten einen dramatischen Anstieg. Mit diesen Zahlen hätte man jegliche Gebührenerhöhung und jegliche Kürzung zu Lasten der Masse der Bevölkerung ablehnen müssen. Diese Zahlen hätte man ins Feld führen müssen, um klar zu machen, dass die Mehrheit der Stuttgarter Bevölkerung keine weiteren Belastungen mehr akzeptieren kann. Die Reden von der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten sind unglaublich, wenn sie in der praktischen Politik über den Haufen geworfen werden. Nur wenn der Druck aus den Kommunen, der Widerstand gegen jegliche kommunale Kürzungen zunimmt, wenn die Kommunen den Banken die Zinszahlungen für Kredite verweigern, statt Kita-Gebühren zu erhöhen, erst dann wird sich was ändern. Dafür muss die Linke in den Kommunen kämpfen und dafür muss sie die Bevölkerung auf die Straße bringen. Es kann auch nicht sein, dass die Linken im Tübinger Gemeinderat grundsätzlich gegen eine Grundsteuererhöhung argumentieren und die Linken im Stuttgart Gemeinderat für eine „zumutbare Erhöhung“.

„Bei der Einnahmeseite wollen es SÖS und Linke bei der Grundsteuererhöhung von jetzt 400 auf 470 Punkte belassen, die von der Stadtverwaltung vorgeschlagen ist. Grundsteuer schöpft Vermögen ab. Die Grundsteuer wird von den Vermietern auf die Mieter abgewälzt. Daher ist genau zu überlegen, was noch tragbar ist. ... Die früheren Vorschläge der Linken (plus 20 Punkte) hätten die Mieter bei einer 80-qm-Wohnung mit rund 6 Euro im Jahr belastet. ...“

Ulrike Küstler, Stadträtin der Linken in Kommunale Berichte Nr. 22/2009

„Keine Grundsteuererhöhung B von 475 auf 560 Hebesatz, das sind 17,9% und es sind unsoziale Steuern nach Art einer Einwohnersteuer. Begründung: Die Steuer wird an die Mieter weitergegeben und fördert den Wegzug ins Umland für Familien mit Kindern und kleine Gewerbetreibenden und es trifft die Leute mit kleinen Geldbeuteln. Es trifft auch die älteren MitbürgerInnen, die ihre Immobilie als Altersvorsorge nutzen. Sie entzieht zwei Millionen Kaufkraft und der Kreis trägt die Erhöhungen über Unterkunftskosten/Nebenkosten und ist ein Kreisumlage-Erhöungsprogramm!“

Gerlinde Strasdeit, Fraktionsvorsitzende der Linken im Tübinger Gemeinderat, Website DIE LINKE Tübingen

Auch die so genannte Bürgerbeauftragte für S 21, die nicht von den Bürgern gewählt wurde und nicht ihre Interessen vertritt, steht auf der Gehaltsliste der Stadt. Weil die Neckarrealschule S 21 im Weg steht, muss sie an anderer Stelle für 15 Millionen neu gebaut werden. Das zahlt nicht die Bahn, sondern die Stadtkasse. Hannes Rockenbach gibt die jährlichen Kosten für Maßnahmen im Zusammenhang mit Stuttgart 21 für die Stadt mit 6,9 Millionen Euro an.

Rosensteintunnel und Autowahn

Der 1,3 km lange Tunnel vom Pragtunnel zur Neckarstraße soll weiter gebaut werden, nur zeitlich nach hinten geschoben werden. Im Jahr 2017 soll er fertig gestellt werden. Er soll 193,5 Millionen Euro verschlingen. Davon will die Stadt 78 Millionen übernehmen. Die Erweiterung der Heilbronner Straße bis zum Pragsattel auf sechs Spuren, die Filderauffahrt von der B 10 zur A 8 sind weiter geplant.

Wohnungen

In den Haushalt sind jährliche Verkaufserlöse von 40 Millionen für städtische Immobilien und Einsparungen von zwei Millionen für deren Bauunterhaltung eingeplant. Unter diesen Immobilien sind viele Wohnungen bzw. Gebäude, die in Mietwohnungen für Mieter mit niedrigen und mittleren Einkommen umgebaut werden könnten. Den Mietern von 253 städtischen Dienstwohnungen drohen drastische Mieterhöhungen. Die Stadt will dadurch dieses Jahr 200.000 und in den Folgejahren 350.000 mehr einnehmen. Die Mieten bei der SWSG sollen ab Mitte 2010 um bis zu 10% erhöht steigen. Der Mieterverein Stuttgart forderte von der Stadt den Bau von 600 Wohnungen für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen. Obwohl das statistische Amt der Stadt Stuttgart von einem Fehlbestand von 7.000 Wohnungen in Stuttgart ausgeht und im September 2009 3.266 Haushalte in der Notfallkartei waren, investiert die Stadt 2010 nicht in den Mietwohnungsbau. Die SWSG will 2010 nur 187 Mietwohnungen (davon 78 Sozialwohnungen) bauen. Freie Flächen der Stadt (Killesberg und Neckarpark) werden von der Stadt nicht für den Wohnungsbau genutzt, sondern für kommerzielle Zwecke (Hotels, Modemeile auf dem Killesberg, Luxuswohnungen) verschertelt.

Kreditfinanzierung

Die Stadt nimmt zur Finanzierung des Haushalts neue Kredite auf. Der Schuldenstand der Stadt erhöht sich deshalb von 79,2 Mio. Euro in 2009 auf 440 Millionen Ende 2011.

Gewerbesteuer

Mit 420 Punkten hat Stuttgart die niedrigste Gewerbesteuer aller Großstädte. Der Antrag von SÖS/LINKE die Gewerbesteuer auf 450 Punkte anzuheben wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Durch diese Erhöhung auf 450 Punkte hätte die Stadt 20 Millionen Euro mehr Einnahmen im Jahr.

Was kam bei der „neuen Mehrheit“ heraus?

Die Haushaltszustimmung wurde auch damit gerechtfertigt, dass neue Stellen im Öffentlichen Dienst geschaffen werden. In der Krise zusätzliche Stellen zu schaffen, sei ein großer Erfolg. Allerdings: am 18. Dezember warnten SÖS und LINKE in einer Presseerklärung, dass durch die für 2010 geplanten „Minderausgabe“ 120 bis 150 Stellen „akut gefährdet“ seien, wenige Stunden später stimmten sie für den Haushalt, in dem diese Gefährdung enthalten ist. Kaum ist der Haushalt verabschiedet, nimmt der Abbau der Stellen konkrete Gestalt an.

Die fünf Millionen Euro Defizitausgleich, die für das Kinderkrankenhaus „Olghospital“ bewilligt wurden, werden von der LINKEN und von ver.di als Erfolg gefeiert. Der Skandal ist aber, dass ein jährliches Defizit von neun Millionen Euro bleibt und wie ein Damoklesschwert über Beschäftigten und PatientInnen hängt.

Rolle des ver.di-Bezirks Stuttgart

Der Ver.di-Bezirk Stuttgart hat in der Auseinandersetzung über den Haushalt eine sehr widersprüchliche Rolle gespielt. In den Publikationen und Reden wurde die Betonung darauf gelegt, dass Stuttgart im Geld schwimme. „Die Stadt verfügt über gebundenes Kapitalvermögen von wenigstens 2,8 Milliarden EUR!“ so heißt es in „Standpunkte 1/2009“. Im Widerspruch dazu unterstützte der ver.di-Bezirk von Anfang an den Vorstoß der Grünen für eine Grundsteuererhöhung auf 520 Punkte. Immer wieder mobilisierte der ver.di-Bezirk Gruppen von Beschäftigten vor und ins Rathaus. Die Zuschauertribüne des Rathauses wurde jedoch zum Tabu erklärt. Im Bündnis „Wir bezahlen nicht für Eure Krise“ wurde der Vorschlag der SAV für eine breite Mobilisierung gegen die Verabschiedung des Kürzungshaushalts zu spät aufgegriffen. Der Vorschlag für Proteste auf der Zuschauertribüne wurde abgelehnt. So waren SAV-Mitglieder und attac-Aktivisten, die einzigen, die am 18.12.09 auf der Zuschauertribüne protestierten. Der notwendige Protest während der Sitzung und der Druck auf die SÖS/LINKE-Fraktion den Haushalt abzulehnen, blieb aus.

Was wäre die Alternative gewesen?

Niemals zuvor hat es in Stuttgart so viele Proteste vor und im Rathaus gegeben, wie nach der Kommunalwahl Mitte 2009 und bis zur Verabschiedung des Haushalts im Dezember. Es gab keine Gemeinderatssitzung ohne irgendwelche Proteste. S-21-Gegner blockierten am 17.9.2009 die Tür zum Sitzungssaal. Es gab wütende Proteste von der Zuschauertribüne. S-21-Gegner, Eltern, städtische Beschäftigte, Schüler, Kulturschaffende protestierten vor und im Rathaus gegen kommunale Kürzungen, für mehr Geld für ihre Belange und gegen die Verschwendung von einer Milliarde für Stuttgart 21. Parallel dazu waren die Montagskundgebungen vor dem Bahnhof Mitte Dezember 2009 auf 3.000 Teilnehmer angewachsen und sehr kämpferisch. Am 1.12. kam es bei Behr zu einer Protestbetriebsversammlung gegen die Vernichtung von 440 Arbeitsplätzen und zur kurzfristigen Blockade der B10/B27. Und vom 2. bis 4.12. kam es bei Daimler in Sindelfingen zu spontanen Arbeitsniederlegungen und zu Großdemonstrationen gegen die Verlagerung der C-Klasse und drohenden Verlust von 6.000 Arbeitsplätzen. Die Proteste griffen auch auf das Werk Untertürkheim über. An der Uni Stuttgart hielten Studierende einen Hörsaal besetzt. Die SAV Stuttgart war der Meinung, dass ein eintägiger Generalstreik und eine Großdemonstration im Dezember die richtige Antwort gewesen wäre, den Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung, kommunale Kürzungshaushalte und S 21 zu bündeln und zu steigern.

„Die politische Kultur, die in der Vergangenheit das Stadtparlament auszeichnete, ist gestern phasenweise völlig zusammengebrochen.“

Thomas Borgmann von der STZ über den Protest von der Zuschauertribüne bei der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats am 29.7.09

„Es kann nicht sein, dass wir als demokratisch gewählte Volksvertreter daran gehindert werden, unserer Arbeit im Rat nachzugehen...Bei der Sitzung ging es ja, was die Finanzen angeht, vergleichsweise um Peanuts. Wenn das schon Anlass für eine solche Eskalation ist, gibt mir das schon zu denken.“

Hans H. Pfeifer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD nach der Gemeinderatssitzung am 17.9.09. Bei dieser Sitzung haben mehrere hundert Menschen vor und im Gemeinderat protestiert. Unter anderem konnten die Gemeinderäte wegen einer Blockade erst mit 20-minütiger Verspätung in den Sitzungssaal.

Die Stadträtin der Linken, Ulrike Küstler, betrachtet die wenigen Verbesserungen, die es mit dem Haushalt gab, als Erfolg der Fraktion. Dies ist aber eine völlig verkürzte Darstellung. Entscheidend für einige Zugeständnisse war der Protest der sich um diese Frage entwickelt hatte. So hatten die Schüler- und Bildungstreiks Druck ausgeübt auf alle Parteien. Das gleiche gilt für den Kita-Streik und die Unterstützung durch die Eltern. Als bekannt wurde, dass die Bedienung von Stadtteilen durch den Bücherbus aus Kostengründen eingeschränkt werden sollte, gab es spontan Unterschriftensammlungen. Daraufhin wurde die Kürzung zurückgenommen. Die Krankenhausbeschäftigten demonstrierten im Rathaus für mehr Geld fürs Olgäle. Auch gegen die Kürzungen bei der Volkshochschule gab es viel Widerstand. Ulrike Küstler sagt in Stadt.Plan 1/2010: „Wir haben auch erfolgreich die Entschuldung der Volkshochschule gefordert“. Richtig ist, dass die Kürzungen bei der VHS noch schneller und einschneidender sein sollten und aufgrund des Protestes und 20.000 Unterschriften abgemildert wurden. Sie sind aber schon schlimm genug und von einer Schuldenübernahme durch die Stadt kann eigentlich keine Rede sein, weil die VHS diese Schulden über Kürzungen in den nächsten Jahren abbauen muss. Zudem wird die Mediothek geschlossen. (Siehe Abschnitt VHS).

„Die Linke darf sich nicht an der »Haushaltskonsolidierung« der bürgerlichen Parteien beteiligen. Wir sollten eine klare Linie ziehen: Ablehnung sämtlicher Verschlechterungen. Ich kann mir keine Situation vorstellen, in der man in der jetzigen Lage einem Haushalt zustimmen könnte“

Claus Ludwig, Stadtrat der LINKEN in Köln und SAV-Mitglied. Bei den Kommunalwahlen in Köln erhielt DIE LINKE 2009 stadtwweit 4,84% der Stimmen. Im Wahlkreis von Claus Ludwig lag nicht nur die Wahlbeteiligung höher sondern auch das Ergebnis für die LINKE (10,73%). Im Stadtteil von Claus Ludwig bekam die LINKE sogar 13,17%.

„Diese GenossInnen überschätzen die Wirkungen rein parlamentarisch durchgesetzter Verbesserungen. Ohne eine Beteiligung von Teilen der Arbeiterklasse und der Jugend an Kämpfen zur Durchsetzung solcher Verbesserungen setzen diese sich nicht im Bewusstsein fest und können leichter zurück genommen werden. Es besteht die Gefahr, dass die Maßnahmen als „Sozialpolitik von oben“ wahrgenommen werden und die Urheberschaft der LINKEN im Dunkeln bleibt.“

Claus Ludwig, Stadtrat der Linken und SAV-Mitglied

Wenn die Fraktion den Haushalt abgelehnt hätte, statt Rot-Grün als Mehrheitsbeschaffer zu dienen, hätte sich die von den bürgerlichen Medien erfundene „neue Mehrheit“ als

Märchen erwiesen. Es wäre deutlich geworden, dass SPD und Grüne - die im Bund für Hartz-Gesetze und Afghanistan-Krieg und in Stuttgart für das Haushaltssicherungsgesetz und gegen die Rückführung der Mittel für S 21 in den städtischen Haushalt sind - ebenso bürgerliche Parteien sind wie FDP und CDU.

Schlimmeres verhindert?

„»Wir haben Schlimmeres verhindert«, sagen unsere Gemeinderäte. OK –aber für diejenigen, die jetzt dadurch ihren Job verlieren oder die Gelder für ihr Projekt, ist das kein Trost.

Ein gescheiterter Haushalt wäre ein Offenbarungseid für die Bürgerlichen gewesen. Natürlich hätten sie dann die Schuld den „Fundamentalverweigerern“ von SÖS und LINKE gegeben. Und die Zeitungen hätten in ihr Horn geblasen. Aber die Stuttgarter Bevölkerung ist klug, das zeigt S 21. Mit Protesten hätte sie nochmals in die Haushaltsentscheidungen eingreifen können.“

SÖS-Aktiver in der Fraktionszeitung von SÖS/LINKE 1/2010

Ein so außergewöhnlicher Vorgang wie das Nichtzustandekommen eines Haushalts hätte für eine weitere Politisierung der Bevölkerung genutzt werden können. Bei den Montagsdemos hätte deutlich gemacht werden können, dass es sich nicht um das übliche Ritual alle zwei Jahre handelt, sondern dass es um wichtige, alle Menschen betreffende Entscheidungen geht. Damit hätten gute Möglichkeiten bestanden, bei neuen Haushaltsberatungen im neuen Jahr noch viel mehr außerparlamentarischen Druck auf den Gemeinderat auszuüben und das mit den sich fortsetzenden Protesten gegen S 21 und mit der Tarifaueinandersetzung im Öffentlichen Dienst - zu verbinden. Ver.di hätte z.B. am Tag einer Gemeinderatssitzung einen Warnstreik durchführen und während der Gemeinderatssitzung eine Protestkundgebung für mehr Geld für Krankenhäuser, Kitas, Jugendamt, mehr Geld für Löhne und Stellen für alle Ämter und gegen Stuttgart 21 durchführen können.

Skandale skandalisieren

Während der Haushaltsberatungen kamen einige Skandale an die Öffentlichkeit, die von der LINKEN und SÖS genutzt hätten werden können, um eine noch stärkere Politisierung und Polarisierung zu erreichen.

Skandal Nummer 1: Während im Sozialbereich unter Führung von Sozialbürgermeisterin Gabriele Müller-Trimbusch der Rotstift angesetzt wurde, wird bekannt, dass Müller-Trimbusch jahrelang einen von der Stadt angestellten Chauffeur als privaten Dienstboten und Haushaltshilfe genutzt hat. Sie veranlasste den Fahrer das Fahrtenbuch regelmäßig zu fälschen. Nach 22-monatigen Ermittlungen wegen Untreue und Betrug wird das Verfahren gegen ein lächerliches Bußgeld von 5.000 Euro eingestellt. „100 Euro Bußgeld für jeden Monat Rundum-Einkaufsservice auf Kosten der Steuerzahler – ein wahres Schnäppchen ohne Folgen!“ So schreibt ein Leser empört in der Stuttgarter Zeitung am 8.12.09. Während arme Hartz-IV-Empfänger wegen kleinster Verstöße gegen diskriminierende Gesetze sanktioniert werden, hielt das Regierungspräsidium es nicht mal für nötig ein Disziplinarverfahren gegen Müller-Trimbusch einzuleiten. OB Schuster stellte sich hinter seine Bürgermeisterin. SÖS und die Linke hätten diesen Betrug nutzen müssen, um die Öffentlichmachung aller Betrugsfälle, die sofortige

Entlassung von Müller-Trimbusch und die Rückzahlung des gesamten Schadens zu fordern. Man hätte zusätzlich fordern können, dass mit diesem Geld geplante Kürzungen im Ressort von Müller-Trimbusch (z.B. Kürzungen bei den Jugendheimen) rückgängig gemacht werden.

Skandal Nummer 2: Die Stadt Stuttgart hat 946 Millionen Euro für den Ausgleich der Spekulationsverluste der LBBW bezahlt. Anfang Dezember 2009 – also mitten in den Haushaltsberatungen – veranlasste die Staatsanwaltschaft eine Großrazzia gegen sechs der sieben amtierenden Vorstände wegen des Verdachts der schweren Untreue. Die Spitzenmanager sollen der Bank durch riskante Finanzgeschäfte einen Millionenschaden zugefügt haben. Außerdem wurde bekannt, dass sich die LBBW-Vorstände nicht an die Gehaltsgrenze von 500.000 Euro halten, die Bedingung war für die Finanzspritze durch die Stadt Stuttgart. Das hätte von der Linken und von SÖS für eine Offensive für folgende Forderungen genutzt werden müssen: sofortige Absetzung der LBBW-Banker und die demokratische Verwaltung und Kontrolle der Bank, Erhalt aller Arbeitsplätze statt dem Abbau von 2.500 Stellen, Übergabe der 4.000 Mietwohnungen der LBBW an die Stadt als Gegenleistung für die 946 Millionen Finanzspritze. Dies wurde versäumt. Ver.di verhandelte sogar mit den LBBW-Managern über den Abbau von 2.500 Arbeitsplätzen weiter.

Skandal Nummer 3: Die gescheiterte Übernahme von VW durch Porsche kostete die Stadt 100 Millionen Gewerbesteuerverlust. Ferdinand Wiedeking brachte sie eine Abfindung von 50 Millionen.

Skandal Nummer 4: Die Vertragsverlängerung der Herzchirurgie an den Krankenhauskonzern Sana und den Bau eines Bettenhauses für die Sana mit 8 Millionen städtischen Mitteln. Und das obwohl die Sana 2008 und 2009 Millionengewinne aus der Herzchirurgie zieht und das städtische Klinikum völlig unterfinanziert ist.

Rockenbauch und Gangolf Stocker eine führende Rolle im Widerstand gegen S 21 und erklären immer wieder zu Recht, dass es vor allem auf den außerparlamentarischen Widerstand ankomme.

„Wir müssen heute und mit diesem Haushalt endlich aufhören, die Symptome eines kranken Systems nur noch zu verstärken oder bloß zu managen. Das heißt: wir brauchen einen alternativen Haushalt, der die Weichen stellt für eine Produktions- und Lebensweise, die ohne Ausbeutung von Natur und Mensch auskommen. Dafür müssen eigene Stadtwerke aufgebaut werden, der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und zum Nulltarif angeboten werden. Das Geld ist da, es steckt derzeit nur in wenig zukunftsfähigen Kapitalanlagen wie in der LBBW, der Messe, dem Flughafen und Stuttgart 21.“

Hannes Rockenbauch in seiner Rede zum Haushalt.

Bei einem Aktiventreffen von SÖS im Januar, bei der alle SÖS-Stadträte anwesend waren, gab es eine offene, ehrliche und demokratische Diskussion. Die SÖS-Stadträte selbst lieferten offene und selbstkritische Beiträge. Alle Diskussionsteilnehmer waren der Meinung, dass es falsch war, dem Haushalt zuzustimmen. Die anwesenden Stadträte Hannes Rockenbauch und Gangolf Stocker erklärten, wie es dazu kam, dass sie am Ende entgegen ihrer Absicht, dem Haushalt zustimmten. In der ersten Ausgabe der Fraktionszeitung von SÖS/LINKE „Stadt.Plan“ kommt ein „SÖS-Aktiver“ zu Wort, der klar ausspricht, dass dieser Haushalt die Krisenfolgen auf die Bevölkerung abwälzt. In der Fraktionszeitung heißt es weiter, dass „heftig über diese Lehrstunde in parlamentarischen Sachzwängen“ in SÖS und der LINKEN diskutiert werde. Leider gilt das bisher nur für SÖS.

Geld bei S 21 holen

Würde die Stadt Stuttgart aus Stuttgart 21 aussteigen und der Bahn das gekaufte Gleisgelände wieder zurückgeben, müsste die Bahn sofort 459 Millionen an die Stadtkasse überweisen. Mit Zinsen rückwirkend ab Kauftermin Anfang 2002 wären es einige Millionen mehr.

Das ist noch nicht alles. „Ohne Stuttgart 21 flößen weitere 162,6 Millionen Euro in den Haushalt zurück. Sie stecken im Risikofonds für etwaige Baukostensteigerungen (131 Millionen) oder sind seit 1995 für das Projekt reserviert (29 Millionen) sowie für die Beteiligung an der Anbindung des Flughafenbahnhofs (2,56 Millionen), 12,7 Millionen kostet der Neubau der Neckarrealschule, die wegen Tunnelarbeiten für Stuttgart 21 verlegt werden muss.“ (Stuttgarter Zeitung vom 6.8.09). Auch das ist längst nicht alles. Müsste die SSB nicht 70 Millionen Euro für die Verlegung der Haltestellen Staatsgalerie und Türlestraße und zusätzlichen Mehraufwand wegen S 21 verschwenden, bräuchten wir keine Fahrpreiserhöhung bei der SSB.

SÖS organisiert Protest gegen S 21 und wirft Systemfrage auf

Es war vor allem Stadtrat Hannes Rockenbauch, der die Haushaltsdebatte genutzt hat, grundsätzlichere Fragen aufzuwerfen. Mit der Forderung nach Nulltarif im öffentlichen Verkehr und der Diskussion über einen alternativen Haushalt kamen interessante Diskussionen zustande, die die Systemfrage zumindest streiften. Darüber hinaus spielen die SÖS-Stadträte Hannes

DIE LINKE und innerparteiliche Demokratie

Das besorgniserregendste an den Haushaltsberatungen in Stuttgart und dem Abstimmungsverhalten der LINKEN-Stadträte ist, dass es während der ganzen Zeit im Kreisverband keine einzige Mitgliederdiskussion und keine einzige Stellungnahme des Kreisverbands der LINKEN gab. Das wirft grundsätzliche Fragen auf: wer bestimmt die Politik der Stadträte und Abgeordneten? Wie ist das Verhältnis von parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung?

Im Kreisverband der LINKEN hat auch nach der Verabschiedung des Haushalts bisher keine Diskussion stattgefunden. Die Stadträtin der Linken, Ulrike Küstler, verteidigt die Zustimmung. Und es sieht so aus, als ob auch andere führende Linke, sich ihrer Position anschließen. So gab es beim Treffen des Bündnisses „Wir bezahlen nicht für Eure Krise“ eine Diskussion über den Haushalt bei der Bernd Riexinger den Haushalt sogar als „Teilerfolg“ bezeichnete. Er meinte, dass man den Haushalt nicht habe scheitern lassen können, weil sich die Bedingungen etwas Besseres durchzusetzen, eher verschlechtern würden. Die SAV widersprach dieser Einschätzung. Wir argumentierten, dass man nicht die Parole „Wir bezahlen nicht für Eure Krise“ ausgeben könne und dann einem Haushalt zustimmen könne, der die Krisenlasten auf die Bevölkerung abwälzt. Damit mache man sich unglaubwürdig. Aufgrund des Widerstands gegen S 21 würden die Bedingungen im Kampf gegen einen Kürzungshaushalt auch nicht schlechter, sondern besser. Denn die Wut über die da oben nehme täglich zu. Diese

Einschätzung hat sich bisher bestätigt. Ein nicht beschlossener Haushalt würde die ganze Kürzungspolitik im Rathaus und den Widerstand gegen S 21 verbinden und auf die Spitze treiben. Die SAV Stuttgart fordert immer wieder ein, dass DIE LINKE in Stuttgart eine aktive Rolle im Widerstand gegen S 21 und in der außerparlamentarischen Bewegung spielen soll. Im Ortsverband Cannstatt, wo zwei SAV-Mitglieder im Vorstand sind, spielt DIE LINKE eine führende Rolle im Wiederaufbau der Mieter/Bürgerinitiative im Hallschlag. Durch die Erfolge, die hier in kurzer Zeit erzielt wurden, hat die LINKE bei einer Schicht von MieterInnen im Hallschlag und in Stuttgart-Ost ein hohes Ansehen. Ein Ausdruck davon sind die überdurchschnittlich hohen Wahlergebnisse bei der Kommunal- und Bundestagswahl im Hallschlag. SAV-Mitglieder in Linksjugend [solid] sind die Initiatoren der „Jugendoffensive gegen Stuttgart 21“.

Haushalt wird platzen

Die kapitalistische Krise macht es unmöglich Einnahmen und Ausgaben auf kommunaler Ebene zu planen. Dieser Zusammenhang hätte von den Linken und von SÖS während der Haushaltsberatungen betont und als zusätzliches Argument für eine Ablehnung genutzt werden müssen. Am 18.12. wurde der Haushalt verabschiedet. Im Februar 2010 ist schon wieder die Rede von einer neuen Haushaltssperre für 2010. Denn es könnte sich bald herausstellen, dass die Gewerbesteuerprognose von je 400 Million Euro für 2010 und 2011 aufgrund der Krise nicht realisiert werden kann. Es ist unschwer vorzuschauen, dass dieser Haushalt unter dem Druck der Krise zusammenbrechen und ein Nachtragshaushalt auf die Tagesordnung des Gemeinderats kommen wird. Und so sicher wie das Amen in der Kirche ist, dass es beim nächsten Haushalt ans Eingemachte gehen wird. Bis dahin haben wir hoffentlich S 21 zu Fall gebracht und können die Geldreserven im Interesse der Bevölkerung nutzen. Aber selbst die Gelder von S 21 reichen nicht aus, um die kommunalen Einrichtungen ausreichend zu finanzieren, die Armut in der Stadt zu bekämpfen, ausreichend bezahlbare Wohnungen zu bauen, Nulltarif im öffentlichen Verkehr einzuführen und die Umwelt zu schützen. Die Finanzen der Kommunen können nur dann massiv erhöht werden, wenn der Kapitalismus abgeschafft wird. Erst dadurch kann der gesellschaftliche Reichtum denjenigen zugute kommen, die ihn erarbeiten. Die Linke muss deshalb die Krise in den kommunalen Finanzen nutzen, um das Bewusstsein zu schaffen für die Abschaffung des Kapitalismus und den Kampf gegen kommunale Kürzungshaushalte mit diesem Ziel führen.

Wie weiter?

Die Fraktion SÖS und Linke hat dem Haushalt in fast völliger Isolation von dem Druck der Bevölkerung (gerade am Schluss der Beratungen waren kaum Proteste organisiert) und der eigenen Basis, dafür unter dem

massiven Druck vor allem der Grünen zugestimmt. Dass eine Fraktion, die erst seit wenigen Monaten besteht, deren Mitglieder mehrheitlich erst seit Sommer im Gemeinderat sind, kalt erwischt wird und einen ernsthaften Fehler macht, ist zwar bedauerlich, kann aber vorkommen. Notwendig wäre jetzt, dass sowohl die Linke als auch SÖS als auch die Gemeinderäte klar sagen, dass diese Entscheidung rückblickend ein Fehler war und wir daraus die Lehren ziehen, dass wir in Zukunft bei wichtigen Gemeinderatsentscheidungen im Vorfeld innerhalb der Partei Die Linke und der SÖS Diskussionen führen und Beschlüsse fällen und bei wichtigen Gemeinderatssitzungen außerparlamentarische Proteste organisieren.

Clara Zetkin über Budgetbewilligung

1908 verurteilte der Nürnberger SPD-Parteitag mit großer Mehrheit die Zustimmung von SPD-Landtagsfraktionen zu Haushalten. Clara Zetkin gab damals in Stuttgart die SPD-Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ heraus und kommentierte dort:

„Gar bald stellte es sich heraus, dass die schroffsten Gegensätze in der Auffassung des Parlamentarismus im Besonderen und der sozialdemokratischen Taktik im Allgemeinen einander entgegenstanden.

(...) Auf der einen Seite Überschätzung der parlamentarischen Errungenschaften und der sozialreformerischen Konzessionen, die man von den herrschenden Klassen erringen kann, auf der anderen Seite der Standpunkt, dass bei allem Nachdruck im täglichen Kampfe um positive Errungenschaften und sozialreformerische Konzessionen diese doch immer an unserem Endziel gemessen und als bloße Abschlagszahlungen eingeschätzt werden müssen, die niemals unserer grundsätzlichen Opposition und unserer unversöhnlichen Feindschaft zum Klassenstaate im Geringsten Abbruch tun dürfen.

Auf der einen Seite die irrige Annahme, dass wir die indifferenten Massen nur durch allerlei Brocken positiver Besserungen für uns gewinnen können, auf der anderen Seite die Überzeugung, dass wir die Gefolgschaft und das Vertrauen der Massen vor allem durch unsere rücksichtslose Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung und durch unser sozialistisches Zukunftsideal gewinnen. Es waren zwei grundverschiedene Theorien des politischen Kampfes, die sich gemessen haben, zwei Theorien, die so gegensätzlich sind wie bürgerliche Reformpartei und proletarisch-revolutionäre Klassenpartei.“

„Der Parteitag in Nürnberg“ vom 28. September 1908

